Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

298 (20.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 298 — Dienstag, den 20. Dezember 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichsrat wird am Dienstag in einer Vollsitzung das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz beraten.

*

Der Aeltestenrat des Reichstages hat am Dienstag noch keine Entscheidung getroffen über die Einberufung des Reichstages vor den Feiertagen, er will die Reichsratssitzung abwarten.

*

In politischen Kreisen in Berlin wird die Situation im Reich ruhig beurteilt, man glaubt nicht an eine Weihnachtskrise.

*

Volkskommissar Litwinow stattete auf der Rückreise von Genf nach Moskau dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Besuche ab.

*

Für nichtentschuldungsfähige landwirtschaftliche Betriebe sind durch eine Verordnung im Reichsgesetzblatt die Schutzmaßnahmen aufgehoben worden.

*

In der irischen republikanischen Armee macht sich ein erheblicher Stimmungsumschwung gegen die Regierung de Valera geltend.

*

Nach einer Londoner Blättermeldung hat man sich in Genf über die Hauptpunkte eines russisch-chinesischen Nichtangriffsvertrages geeinigt. Mit seiner baldigen Unterzeichnung ist zu rechnen.

*

Der Nachtragshaushalt des englischen Arbeitsministeriums für die Arbeitslosenunterstützung beträgt 250 Millionen Mark.

*

Die Belgrader Sondertagung der Konferenz der Kleinen Entente weist nur geringe Ergebnisse auf.

*

Der englische „Weltreichsrundfunk" wurde in Daventry von einem neu erbauten Kurzwellensender in Betrieb genommen.

*

Bei Perpignan in Frankreich droht wiederum vielen Dörfern durch Hochwasser Gefahr.

Weihnachtswort Hindenburgs zur Winterhilfe

„Die Not muß alles Trennende überwinden"

T.U. **Berlin**, 19. Dez. Um für Weihnachten die Opferwilligkeit derer, die noch helfen können, zugunsten unserer notleidenden Volksgenossen zu wecken, hat Reichspräsident von Hindenburg der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege als Reichszentrale der Winterhilfe das folgende Werbewort für die Winterhilfe in handschriftlicher Aufzeichnung zugehen lassen: „Die Not muß alles Trennende überwinden. Wer den Ruf der Winterhilfe „Wir wollen helfen", befolgt, der schafft neue Hoffnung und neuen Glauben an Volk und Vaterland!

Berlin, zu Weihnachten 1932 — von Hindenburg."

Von Schleicher bei Hindenburg

T.U. **Berlin**, 19. Dez. Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag den Reichskanzler zum Vortrag.

Der Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.

T.U. **Berlin**, 20. Dez. Die Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten am Montag bezog sich, wie Berliner Blätter berichten, auf die Notverordnung, die heute (Dienstag) nachmittag im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden soll. Sie wird nicht den Titel „Verordnung zum Schutze des inneren Friedens" tragen. Der Titel ist auf Grund der Beratungen in den Ressorts geändert.

Die Verordnung umfaßt 18 Paragraphen, deren Inhalt sich auf die Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte und Zuchthausstrafen für politischen Terror und die Aufhebung der Pressenotverordnungen bezieht. Die Verordnung wird mit einer Erklärung und ausführlichen Begründung der Reichsregierung bekannt gegeben werden.

Unternehmervertreter beim Reichswirtschaftsminister

Berlin, 19. Dez. Die Ende der vorigen Woche begonnene Aussprache zwischen Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und den Vertretern aller Gewerkschaften über eine Reihe aktueller Fragen auf allen Gebieten der Wirtschaftsgebiete wurde Montag vormittag mit den Vertretern der Unternehmerverbände fortgesetzt.

Keine Weihnachtskrise zu erwarten

Ruhige Beurteilung der Situation im Reich und Preußen

Berlin, 19. Dez. In der Berliner Presse wird ein großes Rätselraten über die nächste parlamentarische Entwicklung veranstaltet. Es hat seinen Grund in der Einberufung des Aeltestenrates und der für Dienstag bevorstehenden Entscheidung des Reichsrats über das Amnestiegesetz. Man beschäftigt sich nun mit der Möglichkeit, daß vom Reich her auch die Preußenfrage aufgerollt und der **Landtag aufgelöst werden könnte**, und zwar wird dem Zentrum die Absicht der Landtagsauflösung zugesprochen. In gut unterrichteten Kreisen nimmt man aber all diese Gerüchte nicht sehr ernst. Natürlich kann auch die Auflösung des Preußischen Landtages in absehbarer Zeit akut werden, aber sie wird es nur im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung. Die Situation im Reich wird durchaus ruhig beurteilt. Man neigt allgemein der Auffassung zu, daß die Amnestie im Reichsrat glatt über die Bühne gehen wird, da als ziemlich sicher nur mit dem Einspruch Bayerns zu rechnen sei und Bayerns Stimmen nicht an das erforderliche Drittel heranreichen. Nachdem Reichstagspräsident Göring sich ebenfalls gegen eine Weihnachtstagung des Reichstags erklärt hat, glaubt man auch, daß der Antrag der Linken in der morgigen Sitzung des Aeltestenausschusses abgelehnt werden wird. Die Haltung Görings entspricht auch nur dem, was von nationalsozialistischer Seite in den letzten Tagen immer wieder verkündet wurde, nämlich daß die NSDAP. im Augenblick kein Interesse an einer Zuspitzung der politischen Lage habe, sondern zunächst abwarten will, wie sich die Dinge im Januar entwickeln. Angesichts dieser parlamentarischen Situation im Reich bestehen kaum Anzeichen dafür, daß es in den nächsten Tagen in Preußen zu Ueberraschungen kommt. Namentlich ist auch unglaubhaft, daß das Zentrum die Absicht hat, eine Aktion in Preußen einzuleiten. Damit bleibt die **Austragung der innerpolitischen Gegensätze im Reich wie in Preußen bis in die zweite Januarhälfte hinein aufgeschoben.**

*

Entscheidung über Reichstagssitzung erst Dienstag

Berlin, 19. Dez. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, nach mehr als einstündiger Debatte, **am Dienstag unmittelbar nach der Sitzung des Reichsrats noch einmal zusammenzutreten, um über die Reichstagseinberufung zu entscheiden.** In der Montags-Sitzung konnte eine Einigung über Ansetzung einer Reichstagssitzung noch nicht erzielt werden. Die Regierung war in der Sitzung nicht vertreten und hatte auch dem Reichstagspräsidenten keine Mitteilungen zugehen lassen. Auch die Bayerische Volkspartei hatte keinen Vertreter entsandt, sie hatte aber schriftlich mitgeteilt, daß sie gegen eine vorzeitige Einberufung sei. Präsident Göring erklärte einleitend, es würde sich wohl nicht empfehlen, noch vor Weihnachten eine Tagung des Reichstages abzuhalten, zumal der Reichsrat, falls er gegen die Amnestie Einspruch erhebe, noch eine Begründungsfrist von 14 Tagen habe. Die Sozialdemokraten beantragten trotzdem, **den Reichstag sofort für Donnerstag einzuberufen** und neben der eventuellen neuen Abstimmung über die Amnestie auch die Winterhilfeanträge auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten verlangten außerdem für Donnerstag schon die Behandlung der politischen Fragen und der Mißtrauensanträge. Beide Anträge wurden jedoch vorläufig abgelehnt.

*

Die Amnestie vor dem Reichsrat

Berlin, 19. Dez. Dienstag nachmittag tritt der Reichsrat nochmals zu einer Vollsitzung zusammen, um das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz zu beraten. Um 11 Uhr versammeln sich die Vertreter der preußischen Provinzen im Reichsrat bei dem preußischen Stimmführer, Ministerialdirektor Dr. Brecht, wobei versucht werden soll, eine einheitliche Abgabe der preußischen Stimmen herbeizuführen. Um 12 Uhr mittags treten die Ausschüsse des Reichsrats zusammen, um die Amnestievorlage in einer zweiten Lesung fertig zu beraten. Diese zweite Lesung ist notwendig geworden, weil bei der ersten Beratung in den Ausschüssen noch keine endgültige Stellungnahme einiger Länder vorlag. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, hofft man in Kreisen der Reichsregierung und des Reichstags nach wie vor, **daß der Reichsrat auf einen Einspruch gegen das Amnestiegesetz verzichten wird**, sodaß eine Weihnachtstagung des Reichstags zur Wiederherstellung dieses Einspruchs vermieden wird. Die Bemühungen der Reichsregierung gehen insbesondere dahin, zu erreichen, daß **Baden sich im Reichsrat dem Einspruch nicht anschließt.** Eine endgültige Entscheidung über die Haltung Badens liegt jedoch zur Stunde noch nicht vor.

Eine Goebbels-Rede

Essen, 19. Dez. In der Amtswaltertagung des Gaues Essen der NSDAP. im Zirkus Hagenbeck ergriff auch Dr. Göbbels das Wort, der u. a. in bezug auf die Unnachgiebigkeit der NSDAP. bei der letzten Regierungsbildung ausführte, wenn man behaupte, die Nationalsozialisten seien radikal, so entgegneten diese, sie müßten noch radikaler werden. Wenn der Nationalsozialismus zusammenbreche, komme der Bolschewismus. Die NSDAP. mache keine Politik um populär zu werden. Auf ihre momentane Unpopularität sei auch die letzte Wahlniederlage, die er offen zugebe, zurückzuführen, in Wirklichkeit handle es sich aber um keine Niederlage, sondern um die Absonderung der Mitläufer und Konjunkturhyänen. Zum Schluß führte Dr. Göbbels noch aus, daß es in der Zeit des Burgfriedens gelte die Partei zu überholen damit sie am 2. Januar, wenn der Startschuß ertöne, gleich wieder „in die Arena hineinrasen" könne.

Zwei Kanzler — Zwei Reden

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ein ebenso eigenartiges wie reizvolles Zusammentreffen hat es gefügt, daß die beiden „autoritären" Reichskanzler des Jahres 1932 an zwei Abenden hintereinander große politische Reden gehalten haben. Nicht minder eigenartig ist dabei der Wechsel der Szene. In dem Raum der Reichskanzlei, in dem das ständige Mikrophon der Reichsregierung sich befindet, und aus dem Herr v. Papen so manches Mal zum deutschen Volk gesprochen hat, hat diesmal General v. Schleicher seine erste Rede als Regierungschef gehalten. In dem Festsaal bei Kroll, beim Jahresessen des Herrenklubs, dem Herr v. Schleicher früher regelmäßig beiwohnte, an dem er aber diesmal fehlte, hielt Franz v. Papen seine erste Rede nicht mehr in seiner Eigenschaft als Regierungschef, sondern als Reichskanzler a. D. Herr v. Papen sprach diesmal frei von allem amtlichen Gepäck als Politiker und als Mitglied vor Gleichgesinnten und Freunden. Dennoch war diese Rede — und sie konnte es ja auch garnicht anders sein — ein Abschlußstrich und ein Schlußpunkt, der sechs Monate des Jahres 1932, die fortab in der Geschichte untrennbar mit dem Namen Franz v. Papens verbunden sind.

Rein politisch genommen, brachte die Rede nichts Neues mehr. Sie war noch einmal eine Zusammenfassung aller der Prinzipien, zu denen sich Papen bekennt und von denen er glaubt, daß sie befolgt werden müssen, wenn das neue Reich in einer neuen Zeit geschaffen werden soll. Bei aller Bekenntnistreue zu dem Prinzip der autoritären Staatsführung ist Papen der Typ des demokratischen Aristokraten oder auch aristokratischen Demokraten, wenn man die beiden Begriffe miteinander verbinden will. Mit der gleichen energischen Handbewegung, mit der er Klassenkampf in jeglicher Form ablehnte, bekannte er sich zu der Führerauslese aus allen Teilen des Volkes. Von dieser Plattform aus kam er ganz von selbst zur Ablehnung des Anspruchs einer Partei oder einer Bewegung, ausschließlich im Besitz des echten Ringes zu sein. Wenn man rückschauend daran denkt, wie gerade Franz v. Papen für die Eingliederung der NSDAP. in den großen Block, der das Ziel einer nationalen Konzentration verwirklichen sollte, eingetreten ist, dann fallen seine Mahnungen und beschwörenden Worte, daß die nationalsozialistische Bewegung lernen müsse, ungestraft könnten Lüge und Verleumdung nicht zum politischen Prinzip erhoben werden, der Weg zur Macht gehe vielmehr nur über die Wahrheit, besonders in der Wagschale.

In gewissem Sinne hat Herr v. Papen den Ball, den ihm Herr v. Schleicher in seiner Rede zugeworfen hatte, aufgefangen und zurückgeworfen, als auch er sich ausdrücklich zum sozialen Gedanken und seiner Betätigung im Dienste des Volkes bekannte. Nur in einem Punkte setzte er sich von Schleichers Rede ab, als er noch einmal die Notwendigkeit einer Verfassungsreform betonte. Daß sich Herr v. Papen mit besonderer Wärme zu Hindenburg bekannte, wird nicht weiter wundernehmen. Nicht ohne Grund stehen auf dem Bild, das ihm der Reichspräsident zum Abschied schenkte, unter dem Namenszug die Worte: „Ich hatt' einen Kameraden". Dieses Gefühl kameradschaftlicher Treue und Verbundenheit war und ist nicht einseitig bei Hindenburg vorhanden, auch Papen hat es erwidert und gehegt.

Beide Reden können als Komponenten eines politischen Kraftfeldes angesehen werden, in dessen Zeichen die heutigen Regierungsmethoden stehen. Das Prinzip der Führung auf der einen und das der Gefolgschaft auf der anderen Seite soll nach dem Willen beider Kanzler durch parteiloses Regieren durchgeführt werden. Ob es gelang, ob es überhaupt gelingt, wird erst das Urteil der unparteiischen Geschichte festzustellen vermögen.

Behandlung der Agrarbeschwerde auf Januar vertagt

Scharfer deutsch-polnischer Zusammenstoß im Rat.

T.U. **Genf**, 19. Dez. In einer öffentlichen Ratssitzung am Montag kam es bei Behandlung der großen Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem deutschen Vertreter, dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Meyer, und dem polnischen Regierungsvertreter Graf Raczynski. Da die den ganzen Montag über geführten Verhandlungen des Dreierausschusses für die Agrarfrage mit dem deutschen Vertreter ergebnislos geblieben waren, beantragte Berichterstatter Nagaoka-Japan eine Vertagung der Frage auf die Januartagung des Rates.

Ministerialdirektor Meyer erwiderte, daß er sich dem Vertagungsantrag nur zögernd anschließe. Die deutsche Regierung hoffe dringend, daß eine endgültige, den Interessen der Minderheit vollständig entsprechende Lösung gefunden würde, die aber auch den besonderen Einzelfällen Rechnung tragen müsse. In den Kreisen der deutschen Minderheit in Polen herrsche größte Beunruhigung wegen fortgesetzter Verzögerung der Entscheidung. Die Reichsregierung halte daher eine endgültige Regelung der gesamten Agrarbeschwerde auf der Januartagung für unerläßlich.

Der polnische Vertreter Graf Raczynski erklärte, er müßte dem gegenüber feststellen, daß die Ursachen der Schwierigkeiten ausschließlich bei der deutschen Regierung lägen. Die polnische Regierung behalte sich ausdrücklich ihr Recht auf Abänderung der neuen Vorschläge vor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Diese Angriffe von polnischer Seite lehnte der deutsche Vertreter mit großem Nachdruck ab. Die Schwierigkeiten, so erklärte Ministerialdirektor Meyer, lägen keineswegs auf deutscher Seite. Die deutsche Regierung habe praktische Vorschläge zur Wahrung der Interessen der Minderheiten und zum Schutz gegen weitere Ungerechtigkeiten gemacht. Sie sei bereit, die volle Verantwortung für ihre Haltung auf sich zu nehmen und handele im vollen Bewußtsein der Verantwortung gegenüber den Minderheiten.

Der polnische Vertreter verlangte, daß auch Deutschland für die polnischen Minderheiten in seinen Grenzen die gleichen Verpflichtungen wie Polen gegenüber den deutschen Minderheiten übernehme.

Dem gegenüber betonte Ministerialdirektor Meyer, daß die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland als außerordentlich befriedigend bekannt sei und daß die bisherigen Beschwerden der polnischen Minderheit in Deutschland noch niemals zu einem Vorgehen des Völkerbundsrates geführt hätten.

Die Verhandlungen über die Agrarfrage wurden dann auf die Januartagung des Rates vertagt.

Hoovers Schuldenbotschaft an den Kongreß

T.U. **Washington,** 19. Dez. In der Kongreßbotschaft Hoovers zur Kriegsschuldenfrage befürwortet der Präsident die Schaffung eines amerikanischen Ausschusses „zur individuellen Regelung der Kriegsschuldenfrage in Verbindung mit der Weltwirtschaftkonferenz und der Abrüstung".

Die dem Ausschuß angehörenden Persönlichkeiten sollen später auch als Mitglieder der amerikanischen Abordnung für die Weltwirtschaftskonferenz nach London gehen. Hoover schlägt vor, die Mitarbeit Roosevelts für diese Zwecke nachzusuchen. Er erinnert daran, daß der Kongreß im letzten Jahr seinen, Hoovers, Vorschlag zur Wiedereinsetzung des Kriegsschuldenausschusses abgelehnt habe. Die Entwicklung der Lage mache jedoch ein eigenes Handeln des Präsidenten vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Kongresses erforderlich.

Präsident Hoover lehnt dann erneut die Schuldenstreichung ab und empfiehlt eine Herabsetzung der Schuldenzahlungen gegen Zugeständnisse auf dem Handelsgebiet. In langen Ausführungen über die Wirtschaftslage erklärte Hoover, daß die Wichtigkeit der Kriegsschuldenfrage, gemessen an dem wirtschaftlichen Wertproblem, überschätzt werde. Die Stabilisierung der fremden Währungen, die Hebung des Preisstandes und des Verbrauches seien Vorbedingungen für die Wirtschaftsbelebung.

In der Kongreßbotschaft berichtet Hoover weiter ausführlich über die Vorgänge der letzten Zeit auf dem Gebiete der Kriegsschulden und entkräftigt dabei die angeblichen Begründungen der Schuldnerländer für ihre Zahlungsunfähigkeit mit dem Hinweis auf die großen Rüstungsausgaben dieser Staaten. Hoover lehnt schließlich erneut einen Zusammenhang zwischen den Kriegsschulden und Reparationen ab.

Keine Aufrollung der Kriegsschuldenfrage vor Anfang März. Geteilte Ansichten über die Hoover-Botschaft.

T.U. **Washington,** 19. Dez. Wie aus Albany berichtet wird, lehnte Roosevelt jede Stellungnahme zu der Schuldenbotschaft Hoovers an den Kongreß ab. Es verlaute aber, daß Hoover bereits versucht hat, Roosevelt zur Mitarbeit zu veranlassen, daß Roosevelt dagegen ablehnte und auf frühere Erklärungen hinwies. Danach besteht geringe Aussicht dafür, daß die Kriegsschuldenfrage vor Anfang März aufgerollt wird.

Der Kongreß hörte die Botschaft Hoovers mit eisigem Schweigen an. Die Ansichten der Kongreßmitglieder über die Botschaft sind sehr geteilt. Von den Abgeordneten wurde festgestellt, daß in der Botschaft zahlreiche Widersprüche vorhanden seien.

Die deutsch-österreichische Einigung über die Gestaltung des künftigen Ausgleichsrechtes

T.U. **Wien,** 19. Dez. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Ministerrat am Montag mit Befriedigung den Bericht des Bundesminister für Justiz, Dr. Schußnigg, zur Kenntnis genommen, nachdem in den Verhandlungen zwischen den Vertretern der österreichischen und der deutschen Justizverwaltung über die Gestaltung des künftigen Ausgleichsrechtes Einigung erzielt wurde. Der Ministerrat erteilte seine Zustimmung, daß nach Abschuß der redaktionellen Arbeiten der Entwurf den wirtschaftlichen Körperschaften zur Begutachtung übermittelt werde. Der Ministerrat nahm weiter auch das Museal- und Staatsschulden-Uebereinkommen mit Ungarn an.

Frankreichs neuer Mann

Joseph Paul-Boncour hat seinen alten Traum verwirklicht: er ist Frankreichs Außenminister und zugleich Ministerpräsident Das Außenministerium interessiert ihn vielleicht noch mehr als die Ministerpräsidentschaft. Er, langjähriger Mitarbeiter Briands in Genf, hält sich für berufen, das Erbe Briands anzutreten. Es ist ihm gelungen, viele Hindernisse aus seinem Weg zum Quai d'Orsay zu räumen. So hat er rechtzeitig die Reihen der sozialistischen Partei verlassen, der er seit 1916 angehörte. Er war nie ein überzeugter Parteisozialist. Er stand schon immer auf dem rechten Flügel der sozialistischen Bewegung und war Befürworter der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Linken. Sein Austritt aus der Partei war von keinem Krach begleitet. Er vollzog sich in durchaus freundschaftlicher Form. Aber eine Verbitterung ist doch geblieben, wenn nicht bei Paul-Boncour, so doch bei seinen ehemaligen Parteikollegen.

Paul-Boncour ist der Versuch einer Regierungsbildung nach dem Scheitern Chautemps gelungen. Die Entwicklung, die Paul-Boncour durchmacht, verdient größte Beachtung. Sein Stern ist im Aufstieg begriffen. Er hat das Zeug dazu, die zentrale Figur auf der politischen Arena Frankreichs zu werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten, die er in sich birgt, dürften sehr groß sein. Er ist mit keinen allzugroßen Skrupeln behaftet. Es ist ihm ein mehr oder minder gerader Weg nach rechts zuzutrauen, wenn es auch dabei nicht an Täuschungsmanövern verschiedenster Art mangeln dürfte. Als Paul-Boncour vor nicht allzulanger Zeit die sozialistische Partei Frankreichs verließ, wußte er, was er tat: er bahnte sich den Weg zu den höchsten politischen Stellen. So wird er in der nächsten Zeit aus der französischen Politik weniger denn je wegzudenken sein.

Joseph Paul-Boncour steht im 59. Lebensjahr. Er wurde am 4. August 1873 in St. Aignan (in der Nähe von Blois) geboren. Sein Vater war Landarzt. Er selbst hat sich dem juristischen Studium gewidmet. Während der Ministerpräsidentschaft Waldek-Rousseaus in den Jahren 1899 bis 1902 war er dessen Mitarbeiter. Später wurde er Publizist, studierte die syndikalistische Bewegung und arbeitete u. a. mit Charles Maurras, dem berüchtigten Royalisten und Kampfgenossen Leon Daudets, zusammen.

1910 wurde er im Bezirk Blois als unabhängiger Sozialist in die Kammer gewählt. Im Parlament war er Berichterstatter für die Sektion der schönen Künste. Im Kabinett Monis-Berteaux war er Arbeitsminister.

Im Kriege war Paul-Boncour als Bataillonsführer an der Front, wurde zweimal zitiert und erhielt den Offiziersgrad der Ehrenlegion. Im Februar 1916 trat er formell der Sozialistischen Partei Frankreichs bei. In den ersten Nachkriegsjahren war Paul-Boncour Mitglied der Kammer, um dann in den Senat überzusiedeln. Er war jahrelang Frankreichs Vertreter beim Völkerbund. Am 8. November 1927 wurde er zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gewählt. Im Kabinett Herriot war er Kriegsminister. Schon vor Jahren verschaffte er sich in Militärkreisen Berühmtheit als Verfasser des neuen französischen Wehrpflichtgesetzes. Er hat stets über gute Beziehungen zum Kriegsministerium verfügt.

Paul-Boncour, einer der berühmtesten Juristen der Welt, vertrat Frankreich vor dem Haager Gerichtshof. Nachdem er jetzt Ministerpräsident wurde, wird er ergiebig Gelegenheit haben, seine juristischen Fähigkeiten anzuwenden. Denn der Streit mit Amerika verspricht langwierig zu werden.

*

Ein Minderheitskabinett ohne Herriot

Das Kabinett Paul-Boncour ist ein Minderheitskabinett, **das auf das Wohlwollen der Sozialisten oder des rechten Flügels der Mittelparteien angewiesen ist.** Die Achillesferse des Kabinetts Paul-Boncour scheint die Finanzfrage zu sein. Kein radikaler Politiker hat sich bereit erklärt, das Finanzministerium zu übernehmen. Es wurde Cheron übertragen und dieser hat nicht einmal einen Budgetminister neben sich geduldet.

Der Budgetausgleich wird in erster Linie darüber entscheiden, ob das Kabinett Paul-Boncour mehr ist als ein Uebergangsministerium. Das neue Ministerium wird unzweifelhaft **eine Mehrheit von etwa 350 Stimmen erhalten,** wenn es sich am Dienstag dem Parlament vorstellt. Dann wird jedenfalls nach Bewilligung eines Budgetzwölftels eine Pause von vier Wochen eintreten.

Was für Deutschland am Kabinett Paul-Boncour wichtig ist, ist die Tatsache, daß Paul-Boncour das Außenministerium verwaltet. Paul-Boncour ist für Deutschland kein Unbekannter. Denn er hat mit kurzer Unterbrechung in Genf die französische Sicherheitsthese vertreten und immer der natürlichen Entwicklung in der Abrüstungsfrage im Wege gestanden. Paul-Boncour wird seine Haltung genau nach dem von ihm entworfenen Abrüstungsplan einrichten, und es dürfte schwer fallen, ihn davon zu überzeugen, daß er in der Sicherheitsfrage sich den universellen Gedanken nähern muß, wenn die Abrüstungskonferenz im neuen Jahr ihre Arbeiten rasch fördern will. Etwas Gutes allerdings ist, daß zum Unterstaatssekretär des Außenministeriums der junge radikale Abgeordnete Pierre Cot ernannt wurde, der in Deutschland nicht unbekannt ist. Pierre Cot gehört zu jener jungen Generation, die aus dem Kriege gelernt hat, dem Gedanken des engherzigen Nationalismus den Krieg zu erklären. Pierre Cot beabsichtigt ehrlich, Briands Plan für die Schaffung einer europäischen Union in die Tat umzusetzen. Ob er im Kabinett freilich hierfür die notwendige Unterstützung findet, ist eine Frage, die nur die Zeit beantworten kann. Nicht unwesentlich für die Abrüstung ist auch, daß Daladier das Kriegsministerium übernommen hat. Wenn Daladier als Kriegsminister den Gedanken folgen kann, die er als Abgeordneter wiederholt auch im Plenum der Kammer entwickelte, dann könnte man annehmen, daß Paul-Boncour ihm in der Abrüstungsfrage vielleicht Zugeständnisse macht. Daladier hat schon vor langer Zeit die Notwendigkeit der Herabsetzung des Kriegsbudgets nachgewiesen.

Finanzreform in Frankreich geplant

Kopfsteuer?

T.U. **Paris,** 19. Dez. Nach Abschluß des ersten Kabinettsrates der neuen Regierung wurde am Montag abend eine Mitteilung ausgegeben, nach der Paul Boncour in der Sitzung über die beabsichtigte Arbeitsmethode berichtet hat. Er habe ferner die Hauptgedankengänge seiner Regierungserklärung auseinandergesetzt, die er in einem für Mittwoch nachmittag angesetzten Kabinettsrat verlesen wolle. Ihre endgültige Fassung solle am Donnerstag in einem Ministerrat festgelegt werden. Finanzminister Cheron habe erklärt, daß er unverzüglich die von ihm im Jahre 1929 begonnene Reform der Finanzverwaltung fortsetzen wolle. Die Reform solle sich nicht nur auf die Staatsfinanzen, sondern auch auf alle finanziell unabhängigen öffentlichen Stellen und Aemter erstrecken. Er beabsichtige ferner, einen ständigen Vertreter des Finanzministeriums an den Rechnungshof zu entsenden.

Angeblich soll Cheron die Einführung einer Kopfsteuer, der alle Staatsbürger unterliegen sollen, planen.

Störungen am „Goldenen Sonntag"

Tränengasanschläge in Mainzer Warenhäusern

Mainz, 19. Dez. In drei hiesigen Warenhäusern wurden am Goldenen Sonntag Tränengasanschläge verübt, die den Geschäftsbetrieb vorübergehend empfindlich störten. Die Kriminalpolizei nahm mehrere Verdächtige fest.

Tränengasbomben auch in Gießen

Darmstadt, 19. Dez. Nach einer Mitteilung des Landeskriminalpolizeiamtes sind am Sonntag nachmittag in der Hauptgeschäftszeit nicht nur in **Mainz,** sondern fast zu gleicher Zeit auch in drei jüdischen Warenhäusern in Gießen Tränengasbomben geworfen worden. Wie dem Polizeibericht zu entnehmen ist, lassen mehrere Anhaltspunkte darauf schließen, daß ähnliche Anschläge auch in anderen Orten geplant waren, so daß anzunehmen ist, daß es sich um planmäßige Störungen des Weihnachtsfriedens gehandelt hat. In Gießen wurde der 18jährige SA.-Mann Wenzel festgenommen. Er hat die Tat bereits eingestanden.

Tränengas in einem Wiener Warenhaus

Wien, 19. Dez. Am „Goldenen Sonntag", als in den Nachmittagsstunden das Warenhaus Gerngroß, das größte Warenhaus Wiens, nahezu überfüllt war, stiegen plötzlich gleichzeitig an mehreren Stellen von Tränengas herrührende Gase auf, die vor allem bei Frauen und Kindern die größte Verwirrung hervorriefen. Alles drängte in großer Aufregung den Ausgängen zu, so daß nur mit Mühe eine Panik vermieden werden konnte. Der Feuerwehr gelang es nach einstündiger Arbeit die Räume zu entlüften. Die Urheber des Tränengasanschlages sind noch nicht festgestellt. In den letzten Tagen betrieben die Nationalsozialisten eine lebhafte antisemitische Propaganda mit der Aufforderung an die arische Bevölkerung Wiens, in jüdischen Geschäften nichts zu kaufen.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[46

Als Weltner selbst eines Tages zu ihm sagte:

„Nun, mein kleiner Kerl — nicht wahr, du vermißt die Tante Edith nicht mehr, denn du hast wohl Tante Ina jetzt auch sehr lieb gewonnen?", da hatte Ralph nur leise genickt. Er hatte den Vater dabei nicht angesehen.

Niemand wußte ja, was der kleine Ralph in diesen Wochen durchmachte. Die Angst, die Ina ihm eingeflößt, die Sehnsucht nach Edith Bernheim und die unverständliche Unterredung, die er in jener Nacht zwischen Fritz von Dubian und Ina Hartwig mit angehört — alles verdichtete sich zu einer Last, die für das Gemüt eines kleinen einsamen Jungen zu schwer war.

Blaß und mager war er in diesen Wochen geworden. Sein Schlaf war von schweren Träumen gequält, und immer war in ihm die Angst vor irgend etwas Schrecklichem. Wenn er seinen Vater erschöpft heimkommen sah, den Husten hörte, der die hohe Gestalt erschütterte, dann zuckte er jedesmal angstvoll zusammen. Vielleicht war er noch nicht artig genug, daß der Vati immer noch nicht gesund war? Vielleicht drohte das Furchtbare, das Tante Ina ihm prophezeit, doch noch?

Rechtsanwalt Weltner verstand das veränderte Wesen seines kleinen Lieblings falsch. Er glaubte, daß es die Sehnsucht nach einer Mutter wäre, die den kleinen Sohn vor der Zeit ernst und traurig gemacht. Und immer mehr erwog er den Gedanken, ob nicht um Ralphs willen die Lücke im Hause ausgefüllt werden müßte, die seit dem Tode Marias bestand.

Ina Hartwig merkte sehr wohl, daß Weltner oft forschende Blicke von ihr zu Ralph gehen ließ, daß er sich immer häufiger nach Ralphs Verhältnis zu ihr erkundigte. Sie verstand es geschickt, in Weltners Gegenwart Ralph gegenüber einen liebevollen und innigen Ton anzuschlagen.

Ralph hatte sich früher gegen jede Zärtlichkeit Inas mit wildem Trotz gewehrt. Er hatte mit seinem feinen Kindsinstinkt sehr wohl gefühlt, daß diese Zärtlichkeit nicht von Herzen kam, sondern wohl berechnet war.

Jetzt aber wagte er auch diesen Widerstand nicht mehr. So konnte es denn scheinen, daß zwischen ihm und Ina das denkbar beste Einvernehmen herrschte.

Auch um das Behagen Weltners bemühte sich Ina immer mehr. Sie schien keinen anderen Gedanken mehr zu kennen, als für ihn zu sorgen. Sie war frühmorgens schon vor ihm am Kaffeetisch. Es war ein anmutiges Bild, wenn er sie gepflegt, rosig, mit der stolzen, schönen Gestalt und dem gemmenhaft geschnittenen Kopf am zierlich gedeckten Tisch seiner wartend sah.

Sie legte ihm vor und ruhte nicht, bis er trotz seiner Appetitlosigkeit gegessen hatte. Sie wußte immer etwas zu erzählen, was ihn aus seinen trüben Gedanken befreite, und wenn sie ihm dann Ralph brachte, den Kleinen mit zärtlicher Gebärde umfaßt haltend, so verdichtete sich in ihm der Gedanke immer mehr, daß er Ina als seine Frau erwählen könnte. Oft traf ihn ihr Blick in scheuer Frage, aber niemals hatte sie mit irgendeinem Wort auf jenen Abend angespielt, an dem sie noch tief in der Verwirrung des Schlafes ihm die Sehnsucht ihres Herzens verraten hatte.

Sie mußte ebenso stolz wie tapfer sein, daß sie so schweigend ihre Liebe unterdrücken konnte.

Robert Weltner wäre kein Mann gewesen, wenn ihn diese Liebe nicht dennoch mit einer gewissen Befriedigung erfüllt hätte. Er hatte ja immer die bewundernden Blicke bemerkt, die ihr gefolgt waren, wenn er sich mit Ina in der Oeffentlichkeit gezeigt hatte.

Bei den Festlichkeiten in seinem Hause, zu denen ihn seine Stellung verpflichtete, hatte es Ina an Bewunderung niemals gefehlt. Zum ersten Male dachte er daran, daß Ina eines Tages ein neues Glück an der Seite eines anderen Mannes finden könnte. Zu gönnen wäre es ihr ja, nach den schweren Enttäuschungen ihrer ersten Ehe, die sie ihm einmal kurz angedeutet hatte.

Wenn sie aber einem anderen Manne ihr Jawort geben würde, dann wäre sein Haus wieder ganz verwaist, würde er seinen kleinen Sohn wieder unbekannten Erzieherinnen ausliefern müssen. Das durfte auf keinen Fall geschehen.

Eines Abends saß er nach dem Abendbrot noch einen Augenblick bei einer Zigarette mit Ina zusammen. Sie saß, mit einer feinen Handarbeit beschäftigt, unter der Stehlampe, die ihr mildes Licht auf ihren schönen Frauenkopf warf.

Weltner ließ seinen Blick von ihrem glänzenden Haar hinuntergleiten auf die ebenmäßige Gestalt, die sich in einem dunkelblauen, knappen Tuchkleid aufs vorteilhafteste präsentierte. Wirklich, Ina war eine schöne Frau. Es war, als würde sie mit jedem Tage jünger und anmutiger.

Weltner legte seine Zeitung hin und sagte plötzlich in das Schweigen:

„Sag' einmal, Ina, hast du nie daran gedacht, dich wieder zu verheiraten? Eine Frau, jung und schön wie du — da kann es dir doch an Bewerbern niemals gefehlt haben."

Ina Hartwig beugte den schönen Kopf tiefer auf ihre Stickerei. Ihre Hände schienen leicht zu zittern, und ihr Atem ging rascher. Aber sie antwortete nicht.

Weltner sah, welche Erregung durch die schöne Frau bebte.

„Willst du mir nicht antworten, Ina?" fragte er sanft und gütig.

Ein tiefes Erzittern ging durch Inas Körper.

„Quäle mich doch nicht!" kam es dann wie ein Hauch von ihren Lippen.

„Quäle ich dich denn, Ina?" fragte er sanft zurück.

Da schlug sie die Hände vors Gesicht, als wollte sie Tränen verbergen. Weltner stand auf und trat sanft neben sie.

Leise strich er ihr übers Haar.

(Fortsetzung folgt.)